

3. AUFLAGE

DEMOKRATIE

& PARTEIEN

Alles was man wissen muss!

Eine leicht verständliche Einführung über die **Funktionsweise** unserer Demokratie und die **Grundziele** der wichtigsten Parteien.

INHALTS- VERZEICHNIS

- S.3** Vorwort
- S.4** Wie eine Demokratie funktioniert
- S.10** Warum sind Medien in unserer Demokratie so wichtig ?
- S.12** Demokratie in Gefahr – Regiert Geld die Welt?
- S.16** Demokratie als Chance – Was kann man als einfacher Bürger tun?
- S.21** Welche Parteien gibt es und was wollen sie?
- S.24** Was wollen konservative Parteien?
- S.28** Was fordern liberale Parteien?
- S.32** Wofür treten Sozialdemokraten ein?
- S.36** Welche Ziele verfolgen Grüne Parteien?
- S.40** Was sind Regionalparteien?
- S.45** Was versteht man unter extremen Parteien?
- S.51** Schlusswort – Wen soll ich wählen?
- S.52** Anhang – Kontaktdaten
- S.53** Glossar und Quellen

VORWORT

ALLE JAHRE WIEDER...

Alle Jahre wieder ist Wahlkampf. Du erkennst es sofort, denn plötzlich hängen im ganzen Ort Plakate. Auf den Plakaten siehst du Gesichter von Politikern. Es sind fröhliche Gesichter, denn die Politiker möchten, dass du sie sympathisch findest. Im Internet und den sozialen Medien kursieren Wahlwerbevideos, in der Zeitung findest du große Werbeanzeigen und in den Briefkästen landen Faltblätter und Broschüren. Sie zeigen dieselben Gesichter, die du auch schon auf den Plakaten gesehen hast. Außerdem kannst du dort einige Slogans und Sprüche lesen, manchmal sogar einige Aussagen über die Ziele der jeweiligen Parteien und Politiker. Wie du schnell feststellen wirst, sind das Ziele, die sich durchweg positiv anhören: wirtschaftlicher Wohlstand, Erhalt der Arbeitsplätze, Solidarität, Umweltschutz, Förderung von Gesundheit, Familie, Kultur und Bildung und vieles andere mehr. Und weil fast alle Parteien ähnliche Ziele nennen, drängt sich dir die Frage auf, wo denn eigentlich die wesentlichen Unterschiede zwischen den ganzen Parteien liegen.

Es ist fast wie bei einer kommerziellen Marketingkampagne. Als wollte man dich zum Kauf eines bestimmten Produktes bewegen, will man dich nun dazu bringen, dein Kreuzchen bei der "richtigen" Partei zu machen. Und wie bei der kommerziellen Werbung auch, verschwindet hinter der ganzen schönen Fassade die Information darüber, was die Parteien eigentlich ausmacht. Nur



schwer findet man transparente und leicht verständliche Fakten über die leitenden Ziele und Grundüberzeugungen der zur Wahl stehenden Parteien. Folglich bleibt dir gar nichts anderes übrig, als die Sache selbst in die Hand zu nehmen: Du musst dich irgendwie selbst schlau machen!

Um dich dabei zu unterstützen, steht dir diese kostenlose Einführung über Politik und Parteien zur Verfügung. Sie hilft dir zu verstehen, wie unsere Demokratie funktioniert (ab Seite 4) und was die verschiedenen Parteien voneinander unterscheidet. (ab Seite 21).

So kannst du dir eine bessere Meinung über die zur Wahl stehenden Parteien bilden und dein politisches Wissen vertiefen. Du willst deine Wahl ja schließlich nicht danach treffen, wer das schönste Lächeln hat...

WIE EINE

DEMOKRATIE

FUNKTIONIERT

KURZ UND VERSTÄNDLICH ERKLÄRT



WAS IST EINE REPRÄSENTATIVE DEMOKRATIE?

Das Tolle an unserer Demokratie ist: Wir Bürger dürfen mitentscheiden! Anders als in einer Diktatur können wir selbst auswählen, wer über uns herrscht. Sind wir einmal mit einer Regierung nicht zufrieden, können wir diese Regierung bei den nächsten Wahlen einfach wieder abwählen und andere Politiker an die Macht bringen. Zwischen zwei Wahlterminen dürfen die Politiker allerdings recht unabhängig regieren. Sie können Entscheidungen treffen, auch ohne uns um unser Einverständnis zu fragen. Sie übernehmen

dann sozusagen stellvertretend für uns das Kommando über das Land. Eine solche Demokratie, in der die Bürger nicht selbst herrschen, sondern ihre Macht für eine gewisse Zeitspanne an Stellvertreter übertragen, nennt man “repräsentative Demokratie”.^(*) Und jene Zeitspanne, in der die gewählten Politiker in unserem Auftrag regieren, bezeichnet man als “Legislaturperiode”. In Belgien dauert eine Legislaturperiode zwischen vier und sechs Jahren (je nachdem, welches Parlament gewählt wird).

WARUM GIBT ES PARTEIEN?

In deiner Familie oder in deinem Freundeskreis wirst du sicherlich schon erlebt haben, wie es zum Streit kommt: Der eine will dies, der andere jenes – und wenn man sich nicht einigen kann, dann gibt es dicke Luft. In der Politik ist das nicht anders. Auch Politiker sind sich oft nicht grün und streiten sich was das Zeug hält. Manchmal gibt es aber auch Politiker, die sehr ähnliche Ansichten vertre-

ten und zu bestimmten Themen die gleiche Meinung haben. Dann tun sie sich zusammen und kämpfen Seite an Seite in einer “Partei”. Eine Partei ist demnach eine Vereinigung von Politikern mit gleichen bzw. ähnlichen Meinungen und Interessen. Die Politiker in unserer repräsentativen Demokratie sind keine Einzelkämpfer, sondern meist Mitglieder einer bestimmten Partei.

WAS IST EIN PARLAMENT?

Das Parlament ist der wichtigste Ort eines demokratischen Staates. Hier versammeln sich die gewählten Politiker, wenn sie über neue Gesetze entscheiden. Dabei sitzen sie immer strikt nach Parteien gruppiert. Vorne befinden sich außerdem besondere Plätze für hochrangige Politiker (Präsident, Minister, ...). Und in der Mitte steht meist ein Rednerpult. Politiker, die durch die Wahlentscheidung des Volkes einen Sitz im Parlament ergatterten konnten, nennt man übrigens “Abgeordnete”, “Volksvertreter”, “Repräsentanten” oder einfach “Parlamentarier”.



(*) siehe Glossar Seite 53

WIE VIELE PARLAMENTE GIBT ES?

Wenn in St.Vith über den Bau eines neuen Schwimmbades abgestimmt würde, wäre es ziemlich unnützlich, wenn Politiker aus Brüssel oder Ostende hierüber die Entscheidung trafen. Denn der Bau dieses Schwimmbads ist offensichtlich eine Angelegenheit, die nur die Volksvertreter aus St. Vith etwas angeht. Andersherum wäre es völlig absurd, wenn über einen Auslandseinsatz der belgischen

Armee allein die Abgeordneten aus der Gemeinde St. Vith zu entscheiden hätten. Ein Kriegseinsatz der belgischen Streitkräfte betrifft schließlich die ganze Nation. Daraus wird klar: Wenn es in Belgien nur ein Parlament für alle Angelegenheiten gäbe, dann wäre das ziemlich unvernünftig. Darum gibt es in Belgien gleich mehrere Parlamente:

- » **Die Gemeindeparlamente (Gemeinde- bzw. Stadträte)**, zum Beispiel der St. Vither Gemeinderat, der Eupener Stadtrat, ...
- » **Die Gemeinschaftsparlamente**, zum Beispiel das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft (PDG)
- » **Die Regionalparlamente**, zum Beispiel das Parlament der wallonischen Region
- » **Das föderale Parlament für Gesamtbelgien**, das sich wiederum aus zwei Teilparlamenten ("Abgeordnetenkammer" und "Senat") zusammensetzt.

Die 3 Gemeinschaften

- Flämische Gemeinschaft
- Französische Gemeinschaft
- Deutschsprachige Gemeinschaft

Die 3 Regionen

- Flämische Region
- Brüssel Hauptstadt
- Wallonische Region



Die Karte zeigt die Einteilung Belgiens in drei Regionen und in drei Gemeinschaften. Jede Gemeinschaft und jede Region hat ihr eigenes Parlament. Auch jede Stadt und Gemeinde hat ihr eigenes Parlament (Stadtrat bzw. Gemeinderat). Hinzu kommt ein Parlament für den Gesamtstaat Belgien, das wiederum aus zwei Teilparlamenten besteht ("Kammer" und "Senat").

Jedes dieser Parlamente hat seinen eigenen Zuständigkeitsbereich. In den Gemeindeparlamenten stehen ausschließlich Dinge auf der Tagesordnung, die nur die jeweilige Gemeinde betreffen (Der Eupener Stadtrat entscheidet zum Beispiel über die Renovierung einer städtischen Primarschule in Eupen). Im Gemeinschaftsparlament entscheidet man hingegen über die Fragen, die für die gesamte Gemeinschaft von Bedeutung sind (Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft berät zum Beispiel über die finanziellen Zuschüsse für die Jugendgruppen in der DG). Auf der nächsthöheren Ebene entscheiden die Abgeordneten von Regionalparlamenten über die Belange einer ganzen Region (wallonische Region, flämische

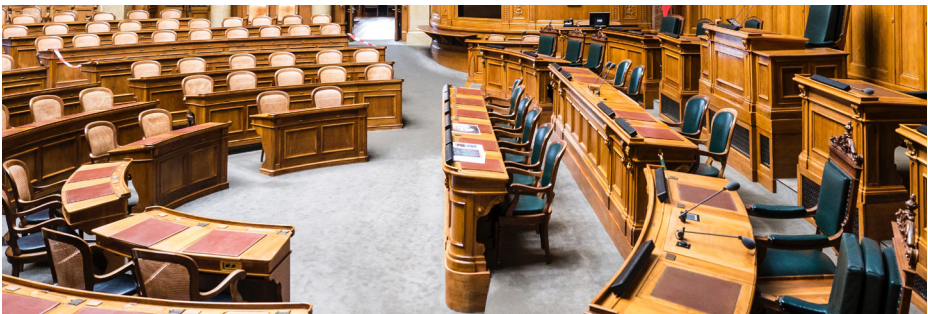
Region oder die Region Brüssel-Hauptstadt) und das föderale Parlament entscheidet über Belange der gesamten Nation (also ganz Belgien).²

Was einerseits sehr viel Sinn ergibt, macht unser politisches System andererseits auch ein wenig kompliziert. Denn wo es viele Parlamente gibt, da wird oft gewählt. Als Bürger von Kelmis wählt man zum Beispiel neben dem Kelmiser Gemeinderat auch das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft, das Parlament der wallonischen Region sowie das föderale Parlament. Nicht jedem Bürger fällt es leicht, bei all diesen Wahlen und Parlamenten den Überblick zu behalten.

WIE WIRD EINE REGIERUNG GEBILDET?

Oben haben wir gesehen, dass Politiker sich in Parteien organisieren. Verschiedene Parteien haben verschiedene Ansichten und Interessen. In den Parlamenten sind sie deshalb nur selten einer Meinung. Wie kann man sich aber in der Politik auf eine Entscheidung einigen, wenn es zwischen Parteien ständig Streit gibt? Ganz einfach: In den Parlamenten gilt die Regel "Die Mehrheit entscheidet" (Mehrheitsregel). Jede Partei versucht deshalb bei den Wahlen so

viele Stimmen wie möglich zu gewinnen, denn dann darf sie die meisten Politiker ins Parlament entsenden. Erhält eine Partei über die Hälfte aller Stimmen, wird sie auch die Mehrheit aller Abgeordneten stellen. In diesem Fall kann sie wegen der Mehrheitsregel fast jederzeit durchsetzen, was sie durchsetzen möchte. Somit bildet sie die Regierung und darf die wichtigsten Ämter³ mit ihren Leuten besetzen.



(*) siehe Glossar Seite 53

WAS IST EINE KOALITION?

Dass eine einzige Partei über 50% aller Wählerstimmen erhält, geschieht in Belgien sehr selten. Denn in Belgien gibt es gleich mehrere größere Parteien, die um die Gunst der Wähler konkurrieren. Wie kann man aber eine Regierung bilden, wenn es keiner Partei gelingt, mindestens die Hälfte aller Stimmen für sich zu gewinnen?

Hier bleibt nur eine Lösung: Zwei oder mehr Parteien müssen sich zu einem Regierungsbündnis zusammenschließen. Ein solches Bündnis nennt man "Koalition". Damit so eine Koalition entstehen kann, führen die be-

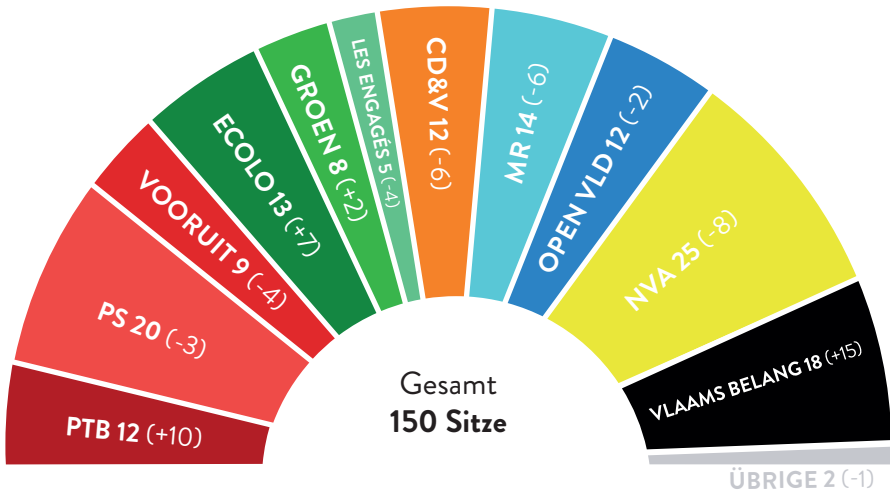
treffenden Parteien im Vorfeld sogenannte "Koalitionsverhandlungen", in denen sie sich auf ein gemeinsames Regierungsprogramm verständigen müssen. Diese Verhandlungen laufen oft sehr schleppend. Denn wenn mehrere Parteien, die zum Teil unterschiedliche Ansichten hegen, gemeinsame Sache machen müssen, dann erfordert das von allen Beteiligten ein hohes Maß an Kompromissbereitschaft. Jede Partei muss auf einige ihrer Forderungen verzichten, um mit den anderen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Scheitert eine Koalition, werden meist Neuwahlen organisiert.

WAS BEDEUTET OPPOSITION?

Als Opposition bezeichnet man die Gesamtheit all derjenigen Politiker im Parlament, die nicht zur Regierung gehören. Wegen der Mehrheitsregel ("Die Mehrheit entscheidet") haben Oppositionspolitiker zwar kaum eine Chance, sich bei Entscheidungen im Parlament gegen die regierende Partei bzw. Koalition durchzusetzen.

Dennoch erfüllen sie eine wichtige Aufgabe in der Demokratie: Die Politiker der Oppositionsparteien werfen ein kritisches Auge auf das Handeln der Regierung und äußern im Parlament ihre Bedenken und Gegenvorschläge. So kann sich der Bürger stets ein Bild davon machen, wer im Parlament welche Position vertritt.

BELGIEN - ERGEBNIS DER PARLAMENTSWAHLEN 2019



PTB

Frankophone Linksextreme

PS

Frankophone Sozialdemokraten

VOORUIT

Flämische Sozialdemokraten

ECOLO

Frankophone Grüne

Groen

Flämische Grüne

CDH (seit 2022 „les Engagés“)

Frankophone Christdemokraten

CD&V

Flämische Christdemokraten

MR

Frankophone Liberale

Open VLD

Flämische Liberale

N-VA

Flämische Rechtspopulisten

Vlaams Belang

Flämische Rechtsextreme

Bei den Wahlen für das belgische Gesamtparlament ("Kammer") erhielt im Jahre 2019 keine Partei über 50% der Stimmen. Um eine Regierung zu bilden, mussten sich folglich mehrere Parteien zusammenschließen. Nach langen Verhandlungen (über ein Jahr!) bildete sich eine Regierungskoalition aus sieben Parteien (PS, SP.A, MR, Open VLD, Ecolo, Groen und CD&V)

WARUM SIND DIE MEDIEN IN UNSERER DEMO- KRATIE SO WICHTIG?



LEBEN WIR IN EINER MEDIEN-DEMOKRATIE?

In modernen Staaten mit Millionen von Einwohnern kennen nur die wenigsten Bürger ihre Politiker persönlich. Und nur die wenigsten Bürger setzen sich als Zuschauer in Parlamentsdebatten, um den Politikern bei ihren Reden zuzuhören. Für die Bevölkerung ist es deshalb sehr schwierig, das Tun und Handeln der Politiker mit eigenen Augen zu verfolgen. Um trotzdem zu erfahren, was in der Politik los ist, sind die Menschen auf die Nachrichten in Zeitungen, Radio und Fernsehen angewiesen.

Oder sie holen sich ihre Informationen im Internet und über Social-Media-Kanäle. Dann ist ihr Bild von den Politikern aber kein unmittelbares und persönlich gewonnenes Bild, sondern ein durch diese Medien indirekt vermitteltes. Insofern leben wir tatsächlich in einer Mediendemokratie: Nur durch die Medien wissen wir meistens, wer die Politiker sind und was die Politiker tun. Mit anderen Worten: Von den Medien hängt es maßgeblich ab, was wir über die Politiker denken.

WAS VERSTEHT MAN UNTER PRESSEFREIHEIT?

Wenn die Medien unser Bild von den Politikern so wesentlich beeinflussen können, dann stellt sich die entscheidende Frage, wer denn die Medien kontrolliert. Denn wer die Medien kontrolliert, der kann demzufolge ja indirekt auch die Meinung der Bevölkerung kontrollieren. Und so etwas gibt und gab es tatsächlich – vor allem in Diktaturen.

Beispielsweise kontrolliert die Regierung von Nordkorea die komplette Berichterstattung aller Medien. Der Diktator Kim Jong-Un stellt sich in den Nachrichten als Held dar, während gegen Andersdenkende Stimmungshetze betrieben wird. Auch das Internet ist extrem stark eingeschränkt. Ausländische Internetseiten können nicht aufgerufen werden und die wenigen Internetseiten aus dem Inland werden strikt überwacht.

Damit wir anders als die Menschen in einer Diktatur von Medienmanipulation solcher Art verschont bleiben, gibt es in Belgien oder Deutschland und in vielen anderen Demokratien die sogenannte “Pressefreiheit”.

Sie verbietet die Kontrolle der Medien durch die Regierung und erlaubt allen Journalisten, frei und unabhängig zu berichten.



DEMOKRATIE IN **GEFAHR** – REGIERT GELD DIE WELT?



WEM GEHÖREN EIGENTLICH DIE MEDIEN?

Die Pressefreiheit verhindert zwar die unmittelbare Kontrolle der Medien durch die Staatsführung, dennoch schützt sie nicht grundsätzlich vor Falschinformationen und verzerrter Berichterstattung. Denn wenn die Staatsführung die Medien nicht kontrolliert, dann tun es ja irgendwelche anderen Akteure. Auch heute stellt sich darum die Frage: Wem gehören die TV-Sender, die Radiostationen und die Zeitungen? Wer entscheidet über die Themen und Inhalte, die die Medien senden?

In unseren heutigen Demokratien ist es so, dass viele Medien von großen Konzernen und reichen Privatleuten kontrolliert werden. Der bekannte TV- und Radiosender RTL beispielsweise, gehört zu einem Großkonzern namens "Bertelsmann AG". Neben sämtlichen RTL-Sendern in Belgien, Deutschland und anderenorts betreibt die "Bertelsmann AG" auch die deutschen Sender Vox und NTV sowie die Zeitschriften Stern, Geo, Financial Times Deutschland und viele andere mehr. Die "Bertelsmann AG" befindet sich wiederum im Eigentum einer der reichsten Familien aus Deutschland, nämlich der Milliardärs-Familie Mohn. Und das Beispiel RTL ist kein Einzelfall. Auch andere große Privatsender (Pro Sieben, Sat1, alle großen US-Sender, ...) befinden sich Eigentum reicher Privatpersonen. Das gleiche gilt natürlich für Zeitungen. Die "Bild"-Zeitung gehört zum Beispiel der "Axel-Springer AG", die neben der "Bild" auch noch die Tageszeitungen "Die Welt", "Berliner Morgenpost" und "Hamburger Abendblatt" herausgibt. Mehrheits-eigentümerin der "Axel-Springer AG" ist

die Witwe des Konzerngründers Axel Springer, nämlich Friede Springer. Sie zählt mit einem Vermögen von ca. 3 Mrd. Euro zu den reichsten Menschen Deutschlands.⁴ Welche politischen Themen und Inhalte die Medien verbreiten und welche nicht, wird demnach vielfach von Menschen beeinflusst, die sehr viel Geld haben.

Bei Informationen, die sich durch Internet und Social-Media-Kanäle verbreiten, gilt das allerdings nicht in gleicher Weise. Anders als bei TV und Zeitung kann dort im Prinzip jeder Bürger, der einen Internetanschluss hat, Fotos, Videos und Textbeiträge posten – auch mit politischen Inhalten. So können gelegentlich auch "einfache Leute" ein großes Publikum erreichen, sofern sich ihre Botschaften viral verbreiten. In solchen Fällen ist die Informationsverbreitung zwar unabhängig von irgendwelchen reichen Eigentümern, aber ob die so verbreiteten Informationen automatisch besser oder korrekter sind, steht auf einem anderen Blatt. Laut wissenschaftlichen Studien verbreiten sich Fake News in sozialen Medien bis zu sechsmal häufiger als korrekte Informationen.⁵

Hier ist also Vorsicht geboten und man sollte nicht immer blind glauben, was man liest und sieht. Stattdessen ist es sinnvoll, Nachrichten aller Art stets zu hinterfragen und wenn möglich zu überprüfen. Helfen können Dir dabei Vereine, die genau das zu ihrem Ziel gemacht haben, nämlich Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Eine der bekanntesten dieser Vereine heißt Mimikama (*mimikama.at*).

(*) siehe Glossar Seite 53

WELCHEN EINFLUSS HABEN PARTEISPENDEN?

Inzwischen hat sich auch bei Politikern herumgesprochen, wie einflussreich politische Botschaften sein können, die sich über Internet und Social-Media-Kanäle verbreiten. Sie bemühen sich deshalb darum, viele Menschen über diese neuen Medien von sich selbst und ihren Ansichten zu überzeugen. Wenn Wahlen bevorstehen, sind die Politiker besonders aktiv. Dann hängen sie außerdem auch große Werbeplakate von sich auf, drehen Werbespots fürs Fernsehen, schalten Werbeanzeigen in den Zeitungen und schicken den Leuten Informationsbroschüren ins Haus. Denn wer viel Werbung macht, der wird von der Bevölkerung stärker wahrgenommen – und womöglich auch häufiger gewählt.

Wahlwerbung und Social-Media-Kampagnen kosten aber natürlich sehr viel Geld. Parteien, die viel für sich werben wollen, sind deshalb auf möglichst hohe Geldspenden von großen Unternehmen und reichen Privatpersonen angewiesen. Diese wiederum spenden ihr Geld natürlich nur denjenigen Parteien, deren Ziele mit ihren eigenen Interessen übereinstimmen. So können reiche Leute versuchen, die Wahlentscheidung zu beeinflussen, indem sie ihrer “Lieblingspartei” und ihren “Lieblingspolitikern” große Geldbeträge spenden. Während in den USA und in Deutschland Parteispendingen in nahezu unbegrenzter Höhe möglich sind, werden sie jedoch in Belgien nur in einem sehr geringen Umfang erlaubt.

WAS IST LOBBYISMUS?

Nicht auf jedem Gebiet ist ein Politiker Fachmann – das ist ja auch ganz normal. Wenn es beispielsweise um die komplexen Vorgänge unseres Finanzsystems geht, blicken selbst die besten Wirtschaftspolitiker nicht immer durch. Also brauchen sie fachmännische Unterstützung. Zum einen könnten sie sich an Wissenschaftler wenden. Deren Beratung kostet aber, denn die Wissenschaftler müssen dafür bezahlt werden. Immer häufiger greifen die Politiker darum auf die Beratung von Fachleuten aus der Praxis zurück. Wenn sie beispielsweise Tipps zur Überwindung der Banken- und Schuldenkrise benötigen, bitten sie etwa die Banken und Finanzkonzerne um deren Einschätzung. Die Banken und Finanzkonzerne ihrerseits wissen natürlich um die Wissensdefizite der Politiker und bieten ihre Beratung gerne und

kostenfrei an. Sie beauftragen sogar ganze Büros und Abteilungen damit, diese Beratung durchzuführen. Die von ihnen beauftragten Politikberater bezeichnet man als “Lobbyisten”. Lobbyisten betreiben ihre Büros meist ganz in der Nähe der Parlamente, dort also, wo sich viele Politiker aufhalten. In Brüssel arbeiten schätzungsweise 15.000 Lobbyisten.

Bei der ganzen Geschichte gibt es jedoch einen Haken: Die Beratung durch Lobbyisten ist nämlich nicht neutral. Warum? Weil die Lobbyisten die Politiker immer nur im Interesse ihres Auftraggebers “beraten”. Schließlich werden sie ja von ihren Auftraggebern, beispielsweise Banken und Konzernen, dafür bezahlt. Sie empfehlen also nur solche Maßnahmen und Gesetzesänderungen, die ihren

Banken oder Konzernen zum Vorteil gereichen. Werden ihre Empfehlungen von der Mehrzahl der Parlamentarier akzeptiert, geht die Rechnung der Auftraggeber auf: Ihre Investition in die "Gratis-Beratung" der Politiker hat sich gelohnt.

Der normale Bürger kriegt von alledem übrigen kaum etwas mit. Denn Lobbyisten und Politiker treffen sich meist in Büros, in Res-

taurants oder auf privaten Veranstaltungen – also dort, wo keine Presse dabei ist. Lobbyismus ist darum in hohem Maße "intransparent". Intransparent bedeutet: Die Gespräche zwischen Lobbyisten und Politikern sind durch die Medien und die Bürger nicht überprüfbar. Schließlich ist Lobbyismus auch undemokratisch, denn obschon die Lobbyisten offensichtlich stark auf unsere Gesetze einwirken, werden sie nicht vom Volk gewählt.

KENNEN SICH POLITIKER & SUPERREICHE AUCH PRIVAT?

Noch intransparenter und undemokratischer als der Lobbyismus sind elitäre Privattreffen zwischen Superreichen und Politikern. Es gibt weltweit eine ganze Reihe solcher Treffen, bei denen regelmäßig die Reichsten und die Mächtigsten aus Politik und Wirtschaft zusammenkommen, um sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit auszutauschen. Die berühmtesten Beispiele hierfür sind die seit 1954 stattfindenden "Bilderberg-Kon-

ferenzen" oder die informellen Gespräche am Rande des jährlichen "Weltwirtschaftsforums" im Schweizer Ort Davos. Weil die Bürger und die Presse von diesen mehrtägigen Sitzungen ausgeschlossen sind, weiß niemand so richtig, welche politischen Ideen hier besprochen werden und welchen konkreten Einfluss die dort getroffenen Absprachen auf uns haben.



DEMOKRATIE ALS CHANCE – WAS KANN MAN ALS EIN- FACHER BÜRGER TUN?



Um in der Politik Einfluss zu nehmen, muss man nicht zwangsläufig ein dickes Portemonnaie haben. Auch als einfacher Bürger kann man in der Politik etwas bewegen, und zwar über die “bloße” Wahlentscheidung hinaus. Alles was man dazu braucht, sind Interesse und ein bisschen Engagement.

IST ES MÖGLICH, SELBST POLITIKER ZU WERDEN?

Jedem Bürger steht es in Belgien frei, sich selbst einer Partei anzuschließen und eine Tätigkeit als Politiker anzustreben. Dazu muss man sich zunächst überlegen, welche Partei zu einem passt (dabei kann der zweite Teil der Broschüre helfen, siehe ab Seite 21). Hat man “seine” Partei gefunden, braucht man nur noch einen Antrag auf Mitgliedschaft in der entsprechenden Partei zu stellen – so wie man das auch bei Vereinen tut.

Am schnellsten und einfachsten geht die Kontaktaufnahme zu einer Partei übrigens auf lokaler Ebene, das heißt im eigenen Ort. Wenn dich also eine Tätigkeit als Politiker interessieren sollte, dann informiere dich doch einfach bei den entsprechenden Parteimitgliedern in deiner Gegend (Kontakt Daten findest du auf Seite 52). In der Regel freuen sich die Parteien über junge und engagierte Nachwuchskräfte. Je mehr Leute aktiv mitmachen, umso mehr kann eine Partei oftmals erreichen.

WAS IST EINE “SOZIALE BEWEGUNG”?

Was kann man tun, wenn man sich eine Tätigkeit als Politiker überhaupt nicht vorstellen kann, sich aber dennoch engagieren und etwas ändern will? Dann bleibt immer noch die Möglichkeit, bei einer “sozialen Bewegung” mitzumachen. Soziale Bewegung bedeutet, dass sich viele Menschen zusammenschließen, um für ein bestimmtes politisches Ziel zu kämpfen, ohne dabei eine Partei zu gründen oder regieren zu wollen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist “Fridays for Future”. Weltweit engagieren sich in dieser Bewegung Millionen von vorwiegend jungen Menschen für eine konsequentere Klimapolitik. Dabei bedienen sie sich vorwiegend friedlicher Mittel. Im Fernsehen oder im Internet hast du wahrscheinlich schon häufiger entsprechende Bilder gesehen: Tausende Menschen ziehen durch die

Straßen, halten ihre Transparente hoch und schreien lautstark ihre Forderungen heraus. In anderen Situationen zeigen die Nachrichten auch manchmal Bilder von randalierenden Demonstranten, die sich Straßenschlachten mit der Polizei liefern. In einem demokratischen Staat wie unserem zeigen solche Bilder aber eher Ausnahmesituationen. Die allermeisten Demonstrationen verlaufen sehr friedlich. Und sollte es tatsächlich einmal zu Ausschreitungen kommen, dann handelt es sich bei den Gewalttätern in der Regel um eine ganz kleine Minderheit der Demonstranten. Es ist ein wenig wie beim Fußball: Unter Tausende friedliche Fans mischen sich manchmal einige wenige Hooligans. Dennoch ist der Fußball deswegen kein lebensgefährliches Gewaltspektakel, so wie eben auch

Demonstrationen keine illegalen Krawallveranstaltungen sind. Der eigentliche Sinn von Demonstrationen besteht darin, dass die Bürger auch jenseits der Wahltermine auf friedliche Weise ihre politischen Wünsche zum Ausdruck bringen können.

Allen Bürgern steht das Recht zu, Demonstrationen zu organisieren und an Demonstrationen teilzunehmen. Natürlich führt nicht jede Demonstration zum Erfolg. Aber je mehr Menschen gemeinsam zu einem bestimmten Thema den Mund auf machen,

umso mehr Eindruck macht das auch auf die Politiker. Denn die Politiker wollen ja schließlich beim nächsten Mal wiedergewählt werden. Und darum können sie sich ein wütendes Volk eigentlich nicht erlauben.

Große Demonstrationen werden meistens im Vorfeld durch die Medien oder durch die Organisatoren der Demonstration angekündigt. Man muss sich nur Ort und Uhrzeit merken – und schon kann man politisch mitmischen.

WAS SIND NGOS?

Organisationen, die zu solchen Demonstrationen aufrufen, werden oft als NGOs bezeichnet. Die Abkürzung NGO steht für den englischen Ausdruck “Non-Governmental-Organisation” (Nicht-Regierungs-Organisation). Das ist ein komplizierter Name für etwas, was eigentlich sehr schnell erklärt ist: Menschen, die sich in sozialen Bewegungen engagieren, schließen sich einfach zu Organisationen zusammen, um ihre Aktivitäten besser planen zu können. Und eine solche Organisation nennt man dann “NGO”.

Neben der Planung von Demonstrationen nutzen viele NGOs noch weitere Mittel, um ihre Ziele zu erreichen. Bei der Umweltschutz-Organisation Greenpeace funktioniert Überzeugungsarbeit zum Beispiel häufig mittels spektakulärer Protestaktionen und Kampagnen. Eine ihrer erfolgreichsten Protestaktionen erregte Mitte der 1990er Jahre weltweites Aufsehen: Als der Ölkonzern Shell einen ausgedienten, schwimmenden Öltank in der Nordsee versenken wollte, hielten einige Greenpeace-

Aktivisten diesen Tank tagelang besetzt. Dabei mussten sie die Security-Leute von Shell überwinden, die mit Schiffen den Tank bewachten. Es kam zu mehreren gefährlichen Zwischenfällen, etwa als eines der Schiffe mit Wasserwerfern auf einen Greenpeace-Hubschrauber zielte, von dem aus sich die Aktivisten auf den schwimmenden Öltank abseilen wollten. Zeitgleich riefen andere Greenpeace-Mitglieder in sämtlichen Ländern Europas Autofahrer dazu auf, Shell-Tankstellen zu meiden und stattdessen bei der Konkurrenz zu tanken. Sie blockierten Shell-Tankstellen und verteilten Flugblätter, in denen sie vor den Umweltschäden warnten, die infolge einer Versenkung jenes Öltanks im Meer zu befürchten waren. Die Aktion erregte damals ein ungeheures Aufsehen und wurde von einer Mehrheit der Bevölkerung wohlwollend unterstützt. Mit der Folge, dass der Shell-Konzern den schwimmenden Öltank an Land gebracht und ökologisch verträglich entsorgt hat. Und mit der Folge, dass die Politiker in Europa ein Gesetz aufgestellt haben, das es

verbietet, schwimmende Öltanks einfach im Meer zu versenken.

Andere NGOs wählen für ihre Überzeugungsarbeit eher “sanftere” Methoden – so zum Beispiel Amnesty International. Die Mitglieder von Amnesty International setzen sich weltweit für die Einhaltung der Menschenrechte ein. Das versuchen sie einerseits zu erreichen, indem sie mittels Informationsveranstaltungen die Bevölkerung über ihre Rechte aufklären und auf Ungerechtigkeiten hinweisen. Außerdem schreiben sie Protestbriefe an Politiker, die für die Einhaltung der Menschenrechte zu wenig

tun. Schließlich unterstützen sie auch Menschen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden sind.

Greenpeace und Amnesty International wurden hier deshalb als Beispiele ausgewählt, weil sie zu den bekanntesten NGOs gehören und tatsächlich schon Vieles bewegt haben. NGOs gibt es aber auch in vielen anderen Bereichen. Neben Umweltgruppen und Menschenrechtsgruppen gibt es auch NGOs in den Bereichen Wirtschaft, Internet und Datenschutz, Jugendpolitik, Familienpolitik, Gesundheitspolitik, Entwicklungspolitik und vieles mehr.

Eine Liste von bekannten NGOs findest du im Anhang auf Seite 52.

WIE FUNKTIONIERT INTERNETAKTIVISMUS?

Im Zeitalter des Internets gibt es außerdem die Möglichkeit, als politischer Blogger/Influencer aktiv zu werden. Auf diese Weise kann jeder versuchen, individuell Einfluss zu nehmen, auch ohne sich einer NGO anzuschließen. Voraussetzung dafür ist, dass die eigenen Beiträge möglichst viele Menschen überzeugen. Viele Blogger kommentieren deshalb laufend politische Beiträge in den Foren großer Nachrichtenportale oder reagieren mit Likes und Kommentaren auf die Posts von Politikern oder anderen politisch aktiven Menschen. Einige versuchen auch als Videoblogger ein möglichst großes Publikum zu erreichen. In Einzelfällen kann es auf diese Weise tatsächlich gelingen, den Ausgang einer Wahl zumindest teilweise zu beeinflussen. So könnten die Stimmenverluste der deutschen Partei CDU bei den Europawahlen im Jahr 2019 unter anderem mit dem kurz zuvor veröffentlichten YouTube-Video “Die Zerstörung der CDU”

zusammenhängen, in dem der deutschlandweit bekannte Blogger “Rezo” die Klima-, Sozial- und Menschenrechtspolitik dieser Partei aufs Schärfste kritisiert. Sein Video wurde weit über zehn Millionen Mal aufgerufen und hatte vor allem jüngere Wähler überzeugt.

Neben dieser legalen Form von Internetaktivismus gibt es auch illegale Formen des Protestes. Die Organisation “Wikileaks” versucht zum Beispiel mit Hilfe von Hackern oder geheimen Informanten (sogenannten “Whistleblowern”), Informationen aus Militär oder Politik an die Öffentlichkeit zu bringen, die die Regierungen ihren Bürgern lieber vorenthalten möchten (z.B. Einzelheiten über Kriegshandlungen oder geheime Überwachungsprogramme). Das Hacker-Kollektiv “Anonymous” legt derweil regelmäßig Server und Internetseiten von Staaten, Organisationen oder Unter-

nehmen lahm, die nach ihrer Meinung Ungerechtes tun. Zu den Angriffszielen von "Anonymous" zählten in der jüngeren Vergangenheit zum Beispiel das Unternehmen RWE (aus Protest gegen den klimaschädlichen Braunkohleabbau des Unternehmens), die Terrororganisation Islamischer Staat (um deren Twitter-Konten und andere Kommunikationsplattformen unbrauchbar zu machen) das britische Justizministerium (aus Protest gegen die Inhaftierung des „Wikileaks“-Gründers Julian Assange) sowie die Regierung und die Zentralbank Russlands (aus Protest gegen den Angriff auf die Ukraine 2022).“

Ob die hier beschriebenen illegalen Protestaktionen moralisch akzeptabel sind, ist natürlich eine sehr heikle und umstrittene Frage. Die Anhänger von Gruppen wie "Wikileaks" und "Anonymous" argumentieren, dass hinter ihren Aktionen letztlich gute Absichten stünden und sie eigentlich die Demokratie nur besser machen wollten, wenngleich sie dafür Gesetze brechen müssten. Ihre Gegner finden es hingegen gefährlich, verbotene Aktionen mit vorgeblich guten Absichten rechtfertigen zu wollen und betrachten die Hacker von "Wikileaks" oder "Anonymous" in erste Linie als Kriminelle oder gar als "Internetterroristen".



WELCHE PARTEIEN

**GIBT ES UND WAS
WOLLEN SIE?**

Wer sich weder als Politiker, noch als NGO-Mitglied und auch nicht als Demonstrant oder Internetaktivist im politischen Prozess einschalten kann oder möchte, dem bleibt immer noch die Chance, die Politik durch seine persönliche Wahlentscheidung zu beeinflussen. Dazu muss man natürlich wissen, welche Parteien es gibt und welche Ziele sie verfolgen.

WELCHE PARTEIEN STEHEN ZUR WAHL?

In Belgien gibt es im Vergleich zu anderen demokratischen Staaten besonders viele Parteien. Das hat auch damit zu tun, dass es bei uns drei Sprachgemeinschaften gibt: Flamen, Frankophone und Deutschsprachige. Die Parteien in Belgien organisieren sich meist innerhalb ihrer Sprachgemeinschaften, sodass es kaum einheitliche, nationale Parteien gibt. Dennoch hat fast jede Partei aus der einen Sprachgemeinschaft auch "verwandte" Parteien in den anderen Sprachgemeinschaften. Mit "verwandt" ist gemeint, dass diese Parteien in verschiedenen Sprachgemeinschaften für sehr ähnliche politische Ziele eintreten. Manchmal erkennt man das auch schon am Parteinamen:

Die deutschsprachige CSP ist "verwandt" mit der flämischen CD&V. Hier fällt auf, dass beide Parteikürzel mit einem "C" beginnen. Das "C" steht hier für "Christlich". Auch in Deutschland gibt es eine Partei mit einem "C" am Anfang: Die CDU. Sie verfolgt in Deutschland ähnliche Ziele wie die CSP oder die CD&V bei uns in Belgien. Man kann also verschiedene Parteien in verschiedenen Landesteilen oder Staaten grob zu gemeinsamen "politischen Familien" bzw. "politischen Strömungen" zusammenfassen. Das macht es etwas leichter, die Orientierung zu behalten.

In der unten abgebildeten Tabelle sind die wichtigsten politischen Familien bzw. Strö-

mungen aufgelistet: Es gibt die Familie der konservativen (zu ihnen zählen die schon erwähnten christlichen Parteien), der liberalen, der sozialdemokratischen, der grünen, der linksextremen, der rechtsextremen und der regionalen Parteien. Wenn du dir die Tabelle anschaust, wirst du sofort bemerken, dass die "verwandten" Parteien aus den verschiedenen Landesteilen Belgiens meist mit der gleichen Farbe hinterlegt sind. Das ist kein Zufall: Verwandte Parteien teilen sich innerhalb ihres Landes meist die gleiche Parteifarbe. Wie Fußballvereine haben also auch Parteien eine Art "Vereinsfarbe", damit man sie leichter identifizieren kann. Manchmal gilt diese Farbe sogar international. So tragen sozialdemokratische und linksextreme Parteien überall auf der Welt die Farbe Rot.

Beachte: Für uns Ostbelgier stehen nur deutschsprachige Parteien und wallonische Parteien zur Wahl, je nach dem welches Parlament gewählt wird. Flämische Parteien können wir als Ostbelgier nicht wählen, und deutsche Parteien natürlich auch nicht.

Beachte außerdem: Bei Gemeinderatswahlen bzw. Stadtratswahlen treten neben den oben genannten Parteien häufig auch offene "Listen" an. Das sind Zusammenschlüsse von Kandidaten, die entweder parteilos sind oder von je verschiedenen Parteien stammen. Solche gemischten Kandidatenlisten können sinnvoll sein, sofern sich die

speziellen politischen Angelegenheiten und Interessen innerhalb einer Gemeinde von den üblichen Themenschwerpunkten der großen Parteien unterscheiden.

Da jede offene Liste in jeder Gemeinde ein einzigartiges Gebilde ist, würde es den

Rahmen dieser Broschüre sprengen, auf alle diese Listen im Einzelnen einzugehen. Auf den folgenden Seiten werden darum ausschließlich die “normalen” Parteien bzw. Parteifamilien vorgestellt.

PARTEIEN	DEUTSCHSPRACHIGE	WALLONISCHE	FLÄMISCHE	DEUTSCHE
Konservative	CSP	LES ENGAGÉS (ehemals CDH)	CD&V	CDU Teils die AFD
Liberales	PFF	MR	Open VLD	FDP
Sozialdemokraten	SP	PS	VOORUIT (ehemals SP.A)	SPD Teils DIE LINKE
Grüne	ECOLO	ECOLO	GROEN	DIE GRÜNEN
Linksextreme	/	PTB-PC	PVDA-KP	MLPD Teils DIE LINKE
Rechtsextreme	/	NATION	Vlamm's Belang	NPD Teils die AFD
Regionale	ProDG - VIVANT	RW	NV-A	CSU

WAS WOLLEN **KONSERVATIVE** PARTEIEN?

Vielleicht hast du deinen Eltern genau das schon einmal zum Vorwurf gemacht: "Ihr seid konservativ!" Damit meinst du, dass sie an Regeln und Wertvorstellungen festhalten, die in deinen Augen furchtbar altmodisch sind. Während du neue Wege gehen willst, einen ausgefallenen Kleidungsstil wählst und jugendliche Musik hörst, pflegen deine Eltern Haus und Garten, gehen regelmäßig

zur Kirche und hören Oldies. Konservativ sind deine Eltern deshalb, weil sie mit deinen neuen Moden nichts anfangen können. Sie setzen eher auf die alten Traditionen, also auf das, was sie selbst kennen und schätzen gelernt haben. Konservativ zu sein bedeutet also, die bestehenden Verhältnisse im Kern bewahren zu wollen, um sie vor allzu radikalen Änderungen zu schützen.

MACHT ES SINN, "ALTMODISCH" ZU SEIN?

Was die scheinbar "altmodischen" Eltern in der Familie sind, das sind die konservativen politischen Kräfte in der Gesellschaft. In der Gesellschaft muss man die Begriffe "konservativ" oder "altmodisch" jedoch nicht unbedingt negativ sehen. Was dir als Jugendlichen als eine Einschränkung erscheint, kann nämlich durchaus Sinn ergeben: deine Eltern haben schließlich eine große Lebenserfahrung und sind womöglich mit ihrer Art zu Leben sehr erfolgreich und zufrieden. Deshalb halten sie es für empfehlenswert, ihre Werte an die nächste Generation weiterzugeben. Ebenso betonen die konservativen Partei-

en, dass die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse mitsamt der Traditionen und der typischen Kultur unseres Staates sich in der Vergangenheit gut bewährt haben und aus eben diesem Grund unbedingt erhalten werden müssen. Das heißt nicht, dass es keine Neuerungen geben darf. Jedoch sollten wir nach Vorstellung der Konservativen vorsichtig und behutsam mit neuen Entwicklungen umgehen und keine zu tiefgreifenden Veränderungen vornehmen. Erst allmählich sind konservative Parteien bereit, neue Ansichten aufzunehmen.

WELCHE TRADITIONEN WOLLEN DIE KONSERVATIVEN ERHALTEN?

Die entscheidende Frage ist nun natürlich, welches denn die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse sind, die es in den Augen der Konservativen zu erhalten gilt. Hierzu gehört neben unserem aktuellen Politiksystem (die repräsentative Demokratie)⁶ vor allem unser Wirtschaftssystem, d.h. die kapitalistische Marktwirtschaft⁷ mit ihren sozialen Ausgleichsmechanismen⁸ (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe etc.). Konservative Parteien möchten

hieran festhalten und dabei insbesondere die "Leistungsträger" dieses Systems belohnen. Dazu zählen sie in wirtschaftlicher Hinsicht vor allem die Unternehmer, denen man gute Angebotsbedingungen für ihre Produktionstätigkeit ermöglichen will. Mit "gute Angebotsbedingungen" ist gemeint, dass man den Unternehmern helfen möchte, ihre Waren günstig herzustellen und anzubieten. Das schafft man unter anderem durch niedrige Produktionskosten. Deshalb setzen sich

(*) siehe Glossar Seite 53-54

konservative Wirtschaftspolitiker für eher mäßige Lohnsteigerungen und eher mäßige Sozialabgaben⁹ ein – denn beides verursacht den Unternehmern hohe Kosten. Unternehmer profitieren insofern etwas stärker von konservativer Wirtschaftspolitik als Arbeiter, sozial Schwache und Arbeitslose.

Zu den besonders erhaltenswerten Traditionen unserer Gesellschaft zählen konservative Parteien außerdem das Erbe des christlichen Abendlandes auf dem europäischen Kontinent. Das bedeutet, dass sich konservative Parteien bei vielen Entscheidungen stark an traditionellen christlichen Werten orientieren (deshalb auch das “C” im Namen vieler konservativer Parteien). So fördern sie zum Beispiel das traditionelle Ehemodell und das traditionelle Familienbild, während sie einer gleichgeschlechtlichen Ehe eher skeptisch gegenüberstehen. Ebenfalls aus christlichen Beweggründen lehnen viele konservative Politiker die Abtreibung und die Sterbehilfe ab. Mit Vorbehalt begegnen sie überdies dem Einfluss fremder Kulturen auf unsere Gesellschaft: Die Zuwanderung von Flüchtlingen und Migranten versuchen konservative Parteien strikter als manche andere Parteien in Grenzen zu halten. Und diejenigen Ausländer, die hier leben, sollen sich nach Vorstellung der Konservativen an unsere Kultur anpassen, d.h. unsere Sprache, unsere Ge-

schichte und unser Rechtssystem erlernen. Statt einer “multikulturellen” Gesellschaft, in der verschiedene Kulturen “bunt gemischt” in einem Land leben, wünschen sich konservative Parteien eher eine Gesellschaft, die gemeinschaftlich die gleichen Werte teilt.

Bekanntlich sind besonders in den Jahren nach 2015 wegen verschiedener Krisen und Kriege immer mehr Flüchtlinge nach Europa gekommen. Wähler, denen das missfällt, unterstützen seither oftmals Parteien, die beim Thema Migration sogar noch strenger sind als die klassischen Konservativen. So hat zum Beispiel in Deutschland die Partei AfD immer mehr Stimmen hinzugewonnen. Ähnlich entwickelte sich die Situation in anderen Ländern Europas, wo vermehrt sogenannte “Rechtspopulisten” auf dem Vormarsch waren und zum Teil noch immer sind.¹⁰ Solche “Rechtspopulisten” sind in ihren konservativen Ansichten deutlich ausgeprägter und strikter als die “normalen” konservativen Parteien. Einzelne Mitglieder und Wähler von “Rechtspopulisten” gelten sogar als rechtsextrem (Siehe zum Rechtsextremismus Seite 45). Die “normalen” konservativen Parteien wie die deutsche CDU (und erst recht alle nichtkonservativen Parteien) wenden sich deshalb meistens von solchen Parteien ab. Sie wollen mit Rechtsextremen nichts zu tun haben.

AUF EINEN BLICK: WOFÜR STEHEN KONSERVATIVE?¹¹

POLITIKBEREICH

einige Positionen (Tendenzen)

Gesellschaftliches Zusammenleben

- Traditionen wichtig (unsere Kultur und Religion, Ehe und Familie)
- Ausländer sollten sich durch Anpassung integrieren (unsere Sprache, Gesetze und Verhaltensweisen erlernen)

Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz

- fördern eher Unternehmer
- verlangen eher mäßige Steuerzahlungen von den Bürgern
- staatliche Unterstützung für Arme und Schwache ist eher mäßig
- staatliche Aktivitäten für Umweltschutz sind eher mäßig

PARTEI LOGOS

Belgische Parteien, die eher Konservativen zuzuordnen sind:



WAS FORDERN

LIBERALE

PARTEIEN?

Im Begriff "liberal" steckt das französische Wort "libre", was so viel wie "frei" bedeutet. Den Liberalen geht es also um Freiheit. Wenn sie von "Freiheit" sprechen, meinen die Liberalen allerdings meist eine ganz bestimmte Form von Freiheit, nämlich die Freiheit des einzelnen Bürgers vor der Macht des Staates. Liberale betrachten jeden einzelnen Menschen als eigenverantwortliches Wesen und wollen es als solches vor Bevormundung und Kontrolle seitens der Staatsführung schützen. Was Menschen denken, woran sie glauben, wen sie lieben und wie sie ihr Leben glücklich gestalten möchten – all das sei einzig und allein ihre Privatsache und dürfe keinesfalls von einer höheren staatlichen Macht bestimmt werden. Aus diesem Grund kommen die Liberalen auch zu ganz anderen gesellschaftspolitischen Schlüssen als die Konservativen. Während konservative Parteien sich für traditionelle Ehe- und Familienmodelle stark machen, sind liberale Parteien tolerant gegenüber Homosexualität und wechselnden Partnerschaften. Weil sie niemanden auf ihren Glauben verpflichten wollen, wollen sie auch niemandem vorschreiben, wie er ein

moralisch gutes Leben zu führen hat. Für Abtreibung und Sterbehilfe halten die meisten Liberalen also kein grundsätzliches Verbot für notwendig – und überhaupt soll jeder im Rahmen der Gesetze so leben, wie er es für richtig hält. Insgesamt kann man also sagen, dass sich eine liberale Gesellschaft im Vergleich zu einer konservativen Gesellschaft sehr offen und sehr vielseitig darstellt, ohne ihre Bürger auf verbindliche Leitwerte zu verpflichten. Konservative Politiker wenden nun häufig ein, dass gerade hierdurch jedweder gesellschaftlicher Zusammenhalt verlorengehe. Wer alles als Privatsache ansehe, der dürfe sich nicht wundern, wenn eine Gesellschaft voller Individualisten und parallel nebeneinanderher lebender Kulturen entstehe. Dieser Kritik würden Liberale jedoch vermutlich mit Gelassenheit entgegentreten. Sie empfinden Individualismus ja gerade als positiv und halten zu strikte gesamtgesellschaftliche Leitwerte für eine Art von Zwang. Sie gehen darum sogar noch einen Schritt weiter: Neben der politischen Freiheit wollen sie auch noch die wirtschaftliche Freiheit aller Bürger erringen.

WIRTSCHAFTLICHER LIBERALISMUS: PRIVATBESITZ HUI, STEUERN PFUI!

Nach Vorstellung der Liberalen hat jeder Mensch ein Recht auf Privateigentum, und zwar insbesondere auf ein Privateigentum an Kapital. Unter Kapital versteht man sämtliche Produktionsmittel wie zum Beispiel Fabriken, wirtschaftlich nutzbares Land und Maschinen. Diese sollen in liberaler Sichtweise also nicht dem Staat gehören, sondern den Privatbürgern. Überdies dürfe der Staat den Privatbürgern den von ihnen produzierten Reichtum nicht wegnehmen und es für umfassende Sozialmaßnahmen¹² wieder ausgeben. Liberale Parteien plädieren darum seit

eh und je für möglichst geringe Steuern. Als ein Nebeneffekt dieser unternehmerfreundlichen Politik erhoffen sie sich außerdem eine wachsende Wirtschaft und damit wachsenden materiellen Wohlstand.

An diesem Punkt geraten die Liberalen allerdings häufig in Konflikt mit anderen Parteien, allen voran mit den Sozialdemokraten (siehe im nächsten Abschnitt). Laut Sozialdemokraten führt die Verlagerung der Wirtschaftstätigkeiten vom Staat zu den Privatbürgern nämlich zwangsläufig dazu, dass

(*) siehe Glossar Seite 54

diejenigen Privatpersonen, die genügend Geld, Macht, Bildung, Kontakte und Erfolg hätten, einen immer größeren Reichtum anhäufen könnten, während auf der anderen Seite die große Masse der einfachen Bevölkerung eher arm bliebe. Denn wer nicht aus einem reichen, sondern aus einem bescheidenen Haushalt stamme, der habe in jeglicher Hinsicht schlechtere Karten: Er kenne keine wichtigen und einflussreichen Leute,

er habe keine hohen Ersparnisse (die er gewinnbringend anlegen könnte), er habe keine Aussicht auf eine hohe Erbschaft und seine Eltern könnten womöglich kein Studium finanzieren, weshalb er schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt habe. Sofern man wie die Liberalen nicht wolle, dass der Staat in die Wirtschaft eingreift, könne der Staat diesen benachteiligten Menschen auch nicht helfen.

AUF EINEN BLICK: WOFÜR STEHEN LIBERALE?

POLITIKBEREICH

einige Positionen (Tendenzen)

Gesellschaftliches Zusammenleben

- individuelle Freiheit und Verantwortung wichtig
- möglichst wenig staatliche Vorschriften und gesellschaftliche Zwänge
- Verschiedene Religionen, Kulturen und Lebensweisen dürfen in unserem Land ausgelebt werden.

Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz

- fördern eher Unternehmer und wohlhabende Bürger
- verlangen insgesamt eher geringe Steuerzahlungen von den Bürgern
- staatliche Unterstützung für Arme und Schwache ist eher schwach
- staatliche Aktivitäten für Umweltschutz sind eher gering

PARTEI LOGOS

Belgische Parteien, die eher den Liberalen zuzuordnen sind:





WOFÜR TRETEN

SOZIALDEMOKRATEN

EIN?

Die Sozialdemokraten (in Belgien auch “Sozialisten” genannt) wollen also in mancherlei Hinsicht das genaue Gegenteil von dem, was den Liberalen wichtig ist. Zwar unterstützen die Sozialdemokraten die politischen Freiheiten des Liberalismus (kulturelle Offenheit, Glaubensfreiheit, Freiheit der persönlichen Lebensführung). Sie stemmen sich jedoch wie oben beschrieben entschieden gegen weitreichende wirtschaftliche Freiheiten. Hauptziel der Sozialdemokraten ist es, die Benachteiligten unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems zu schützen und ihnen zu helfen. Auch die einfachen Arbeiter sollen idealerweise am Reichtum der Gesellschaft teilhaben. Um das möglich zu machen, fordern die Sozialdemokraten eine stärkere Sozialpolitik. So bezeichnet man in der Politik

sämtliche Maßnahmen, mit denen der Staat den Armen und Schwachen unter die Arme greifen kann: Das können Sozialausgaben wie Arbeitslosengeld und Sozialhilfe oder gesetzliche Vorschriften wie Mindestlöhne oder der Kündigungsschutz sein.

Die Unterstützung der Schwachen durch den Staat hat allerdings ihren Preis. Damit der Staat seine Sozialausgaben bezahlen kann, braucht er nämlich eine Menge Geld. Und um Geld zu verdienen, muss der Staat Steuern eintreiben. Weil die Sozialdemokraten eine gerechte Gesellschaft wollen, bitten sie vor allem die Reichen zur Kasse (d.h. vermögende Privatpersonen und reiche Unternehmer).

IST SOZIALPOLITIK GUT ODER SCHLECHT FÜR DIE WIRTSCHAFT?

An diesem Programm der Sozialdemokraten üben vor allem die Liberalen und die Konservativen scharfe Kritik. Denn in ihren Augen führen zu hohe Steuern für die Wohlhabenden und Unternehmer ebenso wie hohe Mindestlöhne dazu, dass die Betriebe weniger Gewinne machen. Das wiederum habe zur Konsequenz, dass Unternehmer ihre Produktion einschränken und Mitarbeiter entlassen. Zugleich lähme die staatliche Sozialpolitik die Eigeninitiative der Bürger. Denn wer sich darauf verlasse, im Notfall (zum Beispiel im Fall von Arbeitslosigkeit) ohnehin staatliche Zahlungen zu erhalten, der werde wenig dafür tun, um diesem Notfall aus eigener Initiative vorzubeugen. Er wird also keine Anstrengungen unternehmen, um seinen Arbeitsplatz unbedingt zu erhalten oder aus eigener Initiative einen anderen Arbeitsplatz zu suchen.

Die Sozialdemokraten wenden ihrerseits ein, dass es zwar so sein möge, dass Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld den Menschen den Druck zur eigenen Anstrengung nehmen. Gerade das sei aber in den meisten Fällen auch gut so. Denn oftmals gäbe es einfach nicht genügend Arbeitsplätze für alle, auch wenn die Menschen sich noch so sehr anstrengten und bemühten. Und dann wäre es unmenschlich, ihnen das Arbeitslosengeld zu verweigern. Außerdem widersprechen Sozialdemokraten den Liberalen in deren Annahme, dass hohe Steuern und Mindestlöhne für Unternehmer schlecht seien. Dabei argumentieren sie so: Wenn die Unternehmer Gewinne machen wollen, dann müssen sie möglichst viele Produkte zu einem möglichst hohen Preis verkaufen. Wichtig sei darum, dass eine hohe Nachfrage nach ihren Produkten herrsche. Eine

hohe Nachfrage setze jedoch voraus, dass die Masse der Bevölkerung auch über genügend Geld verfüge, um die ganzen Produkte zu kaufen. Und solch eine hohe "Massenkaufkraft" könne eben nur dann garantiert werden, wenn die Einkommen der einfachen Menschen hoch genug seien. Also brauche die Wirtschaft zwangsläufig hohe Löhne und eine ausreichend hohe Sozialhilfe. Hätten die Menschen hingegen zu wenig Geld in der Tasche, dann würden sie ja auch weniger konsumieren und die Unternehmen könnten entsprechend weniger verkaufen und verdienen, sodass es zu einer Krise wegen Nachfragemangel käme.

Die Frage, ob staatliche Sozialpolitik für die Wirtschaft gut oder schlecht sei, erhitzt übrigens nicht nur unter Politikern die Gemüter. Auch in den Wirtschaftswissenschaften ist diese Frage seit jeher heiß umstrittenen. Die Gruppe der so genannten "neoklassischen" bzw. "liberalen" Ökonomen lehnt umfassende sozialstaatliche Eingriffe in die Wirtschaft strikt ab. Auf sie berufen sich die konservativen und liberalen Parteien. Ihre Gegner sind die so genannten "Keynesianer" (benannt nach dem Ökonomen John M. Keynes). Und auf den Keynesianismus stützen sich neben den sozialdemokratischen Parteien meist auch die grünen Parteien.

AUF EINEN BLICK: ZIELE DER SOZIALDEMOKRATEN

POLITIKBEREICH

einige Positionen (Tendenzen)

Gesellschaftliches Zusammenleben

- Solidarität wichtig
- Verschiedene Religionen, Kulturen und Lebensweisen dürfen in unserem Land ausgelebt werden.

Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz

- Ungleichheit zwischen Arm und Reich senken, soziale Gerechtigkeit
- verlangen eher hohe Steuerzahlungen, insbesondere von den Reicherer
- staatliche Unterstützung für Arme und Schwache ist eher hoch
- staatliche Aktivitäten für Umweltschutz sind eher mäßig

PARTEI LOGOS

Belgische Parteien, die eher den Sozialdemokraten (in Belgien auch „Sozialisten“ genannt) zuzuordnen sind:



VOORUIT ✳



WELCHE ZIELE VER- FOLGEN GRÜNE PARTEIEN?

Grüne Parteien weisen einige Gemeinsamkeiten zu liberalen und sozialdemokratischen Parteien auf. Am wenigsten haben sie mit den Konservativen gemeinsam. Sie sind liberal, weil sie politische Freiheiten fördern und eine multikulturelle Gesellschaft wollen, in der verschiedene Menschen mit verschiedener Herkunft, Religion, Lebenseinstellung und sexueller Orientierung einen Platz haben dürfen. Sie sind jedoch sozialdemokratisch, wenn es darum geht, wie der wirtschaftliche Reichtum in einer Gesellschaft verteilt werden soll. Neigen konservative und liberale Politiker eher dazu, die Unternehmer und Wohlhabenden zu stärken, wollen die Grünen ähnlich wie die Sozialdemokraten die Wohlhabenden belasten, um den Schwachen und Benachteiligten zu helfen. Was die Grünen aber am deutlichsten von den anderen Parteien unterscheidet, ist ihr besonders starkes Interesse für den Umweltschutz (daher auch der Parteiname: Die Farbe Grün soll die unberührte Natur symbolisieren).

Den Umweltschutz finden die Grünen deshalb so wichtig, weil sie der Meinung sind, dass unsere Gesellschaft ohne Umweltschutz auf Dauer nicht überleben kann. Denn zum Überleben braucht der Mensch natürliche Rohstoffe (Wasser, Pflanzen, Tiere) und ein stabiles Klima mitsamt einer sauberen Atmosphäre. Weil der Mensch jedoch die natürlichen Ressourcen der Erde immer stärker ausbeutet und mit seinen Fabriken und Autos unaufhörlich Schadstoffe in die Luft jagt, rauben wir Menschen uns nach Meinung der Grünen in bedrohlicher Weise

unsere eigenen Lebensgrundlagen. Unsere Lebensweise sei darum nicht "nachhaltig", d.h. nicht auf Dauer möglich und daher nicht zukunftsfähig. Was schlagen die Grünen aber vor, um eine zukunftsfähige, eben nachhaltige Entwicklung der Menschheit zu fördern? Wenn es nach ihnen geht, muss der Staat dafür sorgen, umweltfreundliches Verhalten der Bürger zu belohnen und umweltschädliches Verhalten zu erschweren. Belohnen kann der Staat unter anderem dadurch, dass er Unternehmer fördert und finanziell unterstützt, die umweltverträglich produzieren (also ohne großen Ressourcenverbrauch und Schadstoffausstoß). Zu solchen Unternehmern könnten zum Beispiel Bio-Landwirte oder die Betreiber von Windkraft- oder Solaranlagen zählen. Auch die Anbieter von Bahn- und Busverkehr könnte der Staat unterstützen, denn Bahnen und Busse belasten die Umwelt weniger stark als PKWs. Würden die Bus- und Bahnunternehmen Hilfe vom Staat kriegen, könnten sie im Übrigen ihre Preise senken, sodass auch die Kunden von Bus und Bahn belohnt würden, sofern sie aufs Autofahren verzichteten. Umgekehrt könnte der Staat solche Unternehmen und Produkte mit hohen Steuern "bestrafen", die für die Umwelt schädlich sind. Das könnte zum Beispiel für Kohlekraftwerke oder Atomkraftwerke, für große Autos mit hohem Benzinverbrauch oder für Fleischware aus Massentierhaltung gelten. Notfalls kann der Staat solche Produkte auch einfach per Gesetz verbieten bzw. die betreffenden Unternehmen schließen.

Heute stimmen eigentlich alle Parteien mit den Grünen darin überein, dass der Umweltschutz ein sehr ernstzunehmendes Thema sei. Sie werfen den Grünen allerdings vor, ihre Umweltschutzpolitik nicht mit Augenmaß zu betreiben. Damit meinen sie, dass die Grünen dem Umweltschutz eine so hohe Bedeutung einräumen, dass sie andere wichtige Aspekte vernachlässigen. Konservative und Liberale fürchten dabei vor allem eine Schwächung von Unternehmen und eine Bevormundung der Konsumenten. Produkte, die die Menschen vielleicht kaufen möchten, eine grüne Regierung aber für unökologisch hält, könnten dann verteuert oder verboten werden. Und ein Kohlekraftwerksbetreiber oder ein Autohersteller, der unter einer grünen Regierung hohe Umweltsteuern zahlen müsste, würde vielleicht so wenig verdienen, dass er seinen Betrieb schließen müsste. An dieser Stelle melden dann auch die Sozial-

demokraten Bedenken an: Sie fürchten um die Arbeitsplätze und die Lohneinkommen in den betroffenen Branchen.

Die Befürchtungen ihrer Kritiker weisen die Grünen jedoch zurück. Für sie passen Umweltschutz und Wirtschaft nämlich durchaus zusammen. Sie argumentieren, dass Unternehmensgewinne und Arbeitsplätze nicht gänzlich verloren gingen, sondern idealerweise nur in andere Branchen verschoben würden. Sollte zum Beispiel ein Kohlekraftwerk auf Gewinne verzichten und Arbeiter entlassen müssen, würden andererseits in staatlich geförderten Solarunternehmen mehr Gewinne eingefahren und somit mehr Arbeitskräfte eingestellt. Auch nach Vorstellung der Grünen kann und darf es somit eine wachsende und gewinnorientierte Marktwirtschaft geben – allerdings eine vom Staat in ökologische Bahnen gelenkte.

AUF EINEN BLICK: ZIELE DER GRÜNEN PARTEIEN

POLITIKBEREICH

einige Positionen (Tendenzen)

Gesellschaftliches Zusammenleben

- Jeder darf seine Religion, Kultur und Lebensweise im Rahmen des Gesetzes frei ausüben
- Gleichberechtigung von Mann und Frau wichtig

Wirtschaft, Soziales und Umweltschutz

- staatliche Aktivitäten für Umweltschutz sind eher hoch
- Ungleichheit zwischen Arm und Reich senken, für Gerechtigkeit
- verlangen eher hohe Steuerzahlungen, insbesondere von Reichen
- staatliche Unterstützung für Arme und Schwache ist eher hoch

PARTEI LOGOS

Belgische Parteien, die eher den Grünen zuzuordnen sind:



ecolo



GROEN

WAS SIND **REGIONAL-** PARTEIEN?

Regionalparteien sind Parteien, die es nur in einer bestimmten Region gibt. Ihr Programm ist meist speziell an ihrer jeweiligen Herkunftsregion ausgerichtet und wird nur von den dortigen Mitgliedern vertreten. Wegen ihrer regionalen Einzigartigkeit kann

man Regionalparteien nicht so einfach einer bis hierhin beschriebenen politischen Familie (Konservative, Liberale, Sozialdemokraten, Grüne) zuordnen. In Ostbelgien gibt es gleich zwei Regionalparteien: ProDG und Vivant.

WORIN LIEGT DIE BESONDERHEIT VON ProDG?

Die Partei ProDG wurde im Jahr 2008 gegründet und ist damit deutlich jünger als die anderen Parteien, die in Ostbelgien zur Wahl stehen. Gleichwohl ist diese Partei nicht einfach aus dem Nichts entstanden. Einige Gründungsmitglieder von ProDG gehörten vorher der historischen Regionalpartei PDB an. Das Kürzel PDB bedeutet "Partei der deutschsprachigen Belgier". Das Ziel dieser einst sehr bedeutenden Regionalpartei bestand darin, die Selbstbestimmung der deutschsprachigen Belgier gegenüber einer Fremdkontrolle durch die französischsprachigen Wallonen in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg zu verteidigen und auszubauen. Weil dieses Anliegen vielen Bürgern in der DG sehr wichtig war, erzielte die PDB jahrzehntelang glorreiche Wahlerfolge. Dann wurde sie jedoch ironischer Weise ein Opfer ihres eigenen Erfolges: Weil die Selbstständigkeit der DG heute – eben unter anderem dank der Bemühungen der PDB – so groß geworden ist, dass sich niemand mehr vor einer zu großen Fremdkontrolle des französischsprachigen Landesteils fürchtet, hielten viele Ostbelgier es nicht weiter für nötig, die PDB zu wählen. Sie erhielt darum seit den 2000er Jahren immer weniger Stimmen und entschloss sich alsbald, von der politischen Bühne abzutreten.

Die neue Partei ProDG wäre also schlecht beraten gewesen, hätte sie die gleichen Ziele formuliert wie ihre "Vorgängerpartei" PDB. Und das tat sie natürlich auch nicht. Zwar ist ihr die Autonomie, also die Eigenständigkeit der Deutschsprachigen Gemeinschaft in möglichst vielen Politikbereichen, weiterhin sehr wichtig, doch dabei belässt sie es nicht. Studiert man ihr Grundsatzprogramm, stößt man auf folgende inhaltliche Ausrichtung:

"Wir unterstützen (...) die von Sozialdemokraten formulierte Forderung nach sozialer Gerechtigkeit, Solidarität und gleichen Bildungschancen für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft. Genauso begrüßen wir die liberale Forderung nach Freiheit, Eigenverantwortung (...) und Abbau von Bürokratie. Wir unterstützen ebenfalls die grünen Forderungen nach einer umweltfreundlichen Politik, nach Klimaschutz und Nachhaltigkeit. Genauso bekennen wir uns ausdrücklich zu christlichen Grundwerten¹³

ProDG vertritt also die Ziele mehrerer Parteien zugleich, sie will sich nicht nur auf eine bestimmte politische Strömung (konservativ, liberal, sozialdemokratisch, grün) festgelegt wissen. Sie bezeichnet ihr Programm dementsprechend als "ideologieübergreifend" und sich selbst als "unabhängig". Statt bei

(*) siehe Glossar Seite 54

regionalen politischen Entscheidungen einer bestimmten Weltanschauung und Parteifamilie folgen zu müssen, will ProDG stets ganz pragmatisch, d.h. am jeweiligen Einzelfall orientiert und unter praktischen Erwägungen entscheiden. Dahinter steckt zugleich der Vorwurf an die übrigen Parteien, dass diese eben nicht immer unabhängig und pragmatisch entscheiden könnten. Denn die übrigen Parteien seien laut ProDG allzu oft an die Vorgaben ihrer Parteifamilie und damit auch an die Erwartungen ihrer Schwesterparteien im Inland gebunden.

In der Tat braucht sich ProDG in Ostbelgien keiner Schwesterpartei und keiner Parteifamilie unterzuordnen und anzupassen. Sie ist insofern in ihrem Entscheidungsspielraum

freier als andere. Sie lässt sich auch nicht in ein enges Korsett bestimmter politischer Überzeugungen von nur einer bestimmten politischen Richtung zwingen, gleich ob konservativ, liberal, sozialdemokratisch oder grün. Die übrigen Parteien sehen das aber nicht unbedingt als einen Vorteil an, im Gegenteil: Sie werfen ProDG vor, dass eine Partei, die in ihren Leitlinien Elemente aus allen Parteifamilien zugleich vertritt, kein klares Profil aufweise. Wer nicht nach einer bestimmten politischen Strömung, sondern "ideologieübergreifend" und pragmatisch entscheide, der habe im Gegensatz zu den "normalen" Parteien keine klaren Werte, Kriterien und Richtlinien, nach denen er in den jeweiligen Einzelfällen entscheiden könne.

WELCHE BESONDEREN INHALTE VERTRITT VIVANT OSTBELGIEN?

Die Partei Vivant Ostbelgien wurde 1999 gegründet und ist damit nach ProDG die zweitjüngste Partei in unserer Gegend. Anders als ProDG ist Vivant aber keiner historischen Vorgängerpartei entsprungen. Vielmehr lag ihrer Entstehung der Wunsch nach einer durchgreifenden Veränderung unserer Gesellschaft zugrunde – viel umfassender, als die anderen Parteien das anstreben. Neben einer neuartigen Organisation unserer Demokratie (mehr Volksabstimmungen), einer Reduzierung des politischen Verwaltungsaufwandes inklusive der Anzahl unserer Minister, einer Senkung von Steuern sowie einem Verbot von Tierversuchen und genmanipulierter Landwirtschaft strebt Vivant unter anderem die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens an. Bedingungsloses Grundeinkommen bedeutet, dass jeder Mensch ganz ohne Bedingungen (also auch ohne arbeiten zu müssen), vom Staat

genug Geld zum Überleben erhält. Hintergrund dieses Vorschlags ist die Annahme, dass ohnehin nicht genug Arbeit für alle Menschen vorhanden sei und es davon abgesehen auch einfach ein Gebot der Menschlichkeit sei, jedem Bürger sein Überleben zu garantieren. Außerdem könne man sich dank eines solchen Grundeinkommens für Jedermann Arbeitslosengeld und Sozialhilfe sparen, was wiederum den Verwaltungsaufwand reduziere.

Während der Corona-Pandemie ist Vivant im Übrigen als einzige aller ostbelgischen Parteien mit impfskeptischen Positionen in Erscheinung getreten und hat darüber hinaus auch stets für möglichst wenig einschränkende Maßnahmen (wie z.B. Maskenpflicht oder Kontaktbeschränkungen) plädiert. Auch bei anderen Themen aus dem Bereich "Gesundheit" vertritt Vivant häufig Positionen, die

von der Mehrheit der Mediziner nicht geteilt wird. So geht Vivant zum Beispiel davon aus, dass die Strahlung von Mobilfunkantennen gefährlich sei.

Einen weiteren radikalen Schwerpunkt bildet Vivants Vorschlag zur Reform unseres Geldsystems. Vivant Ostbelgien glaubt nämlich, dass ein wesentliches Grundübel unserer Gesellschaft in unserem Geldsystem begründet liegt. Genauer: Dadurch, dass Geld heutzutage nicht etwa vom Staat gedruckt wird, sondern allein dadurch geschaffen wird, dass Banken Kredite vergeben, geht Geldentstehung automatisch mit der Entstehung von Schulden bei der Bank einher. Da Banken und Vermögende außerdem für das Verleihen von Krediten Zinsen erhalten, wuchse deren Vermögen immer schneller an. Schlimm sei das deshalb, weil die Zinsgewinne ja von irgendjemandem bezahlt werden müssten – nämlich von den Schuldnern, die Kredite samt Zinsen zurückzahlen hätten. Mit anderen Worten: Damit die Banken überhaupt Zinsen erhalten können, müssen sich auf der anderen Seite immer mehr Menschen verschulden, um diese Zinsen zu bezahlen. Dies erkläre unter anderem die ständig wachsende soziale Ungleichheit und Verschuldung in unserem Wirtschaftssystem, inklusive der hohen Staatsverschuldung fast aller Staaten dieser Welt.

Sollten die ostbelgischen Vivant-Mitglieder mit ihren wirtschaftskritischen Analy-

sen richtig liegen (was die anderen Parteien überwiegend bestreiten), bliebe allerdings noch die Frage zu klären, wie Vivant Ostbelgien als kleine Regionalpartei wirtschaftspolitische Umwälzungen solch eines gewaltigen Ausmaßes bewirken will. Zur Reform des Geldsystems reichen die Kompetenzen¹⁴ der kleinen deutschsprachigen Gemeinschaft nämlich eigentlich gar nicht aus. Wollte man das Geldsystem ändern, müsste man mindestens eine nationale, wenn nicht gar eine europaweite oder globale Übereinstimmung zwischen verschiedenen Staaten und Währungsräumen erzielen. Die Themen “bedingungsloses Grundeinkommen”, “Steuersenkung” oder das Verbot von Tierversuchen und genmanipulierter Landwirtschaft fallen ebenfalls nicht in den Zuständigkeitsbereich ostbelgischer Politik.

Die anderen Parteien werfen Vivant Ostbelgien darum vor, einen Kampf auf einem Schlachtfeld auszutragen, auf dem es nicht viel zu gewinnen gibt. Vivants radikale Ideen seien im Parlament der DG schlicht und ergreifend fehl am Platz und die Diskussionen darüber entsprechend zwecklos, zeitraubend und anstrengend. Vielleicht wissen die Vivant-Mitglieder das auch – und machen trotzdem weiter in der Hoffnung, durch ihre unbequeme Oppositionsarbeit ständig auf sich aufmerksam machen zu können, damit sich ihre Ideen weiterverbreiten und sie vielleicht irgendwann in einem größeren Rahmen übernommen werden.

(*) siehe Glossar Seite 54

PRODG UND VIVANT OSTBELGIEN IM VERGLEICH

PARTEI

einige Positionen (Tendenzen)

ProDG

- Selbstbestimmung/Eigenständigkeit der DG wichtig
- ProDG will Unabhängigkeit von den großen Parteien im Inland
- Entscheidungen sollen in der Region pragmatisch getroffen werden

PARTEI

einige Positionen (Tendenzen)

Vivant Ostbelgien

- Reform unseres Geld- und Finanzsystems
- weniger Bürokratie, weniger Steuern und bedingungsloses Grundeinkommen
- mehr Volksabstimmungen

PARTEI LOGOS



WAS VERSTEHT MAN UNTER **EXTREMEN** PARTEIEN?

Extreme Parteien heißen “extrem”, weil ihre Ziele tendenziell mit der Grundverfassung unseres Staates in Konflikt stehen. Extreme Parteien streben langfristig gravierende Umwälzungen des Politiksystems und/oder des Wirtschaftssystems an, was ihnen eine grundsätzliche Missbilligung durch die anderen, systemtreuen Parteien einbringt.

Je nach dem, für welche Ziele sie sich einsetzen, unterscheidet man bei den extremen Parteien zwischen linksextremen und rechtsextremen Parteien.

LINKSEXTREME SIND ANTIKAPITALISTEN

Linksextreme Parteien haben eine Gemeinsamkeit mit sozialdemokratischen Parteien: Sie wollen die Schwachen der Gesellschaft, insbesondere Arbeiter, Arbeitslose und Arme unterstützen. Außerdem sind die heutigen Linksextremen in der Regel tolerant gegenüber fremden Kulturen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Damit enden die Gemeinsamkeiten aber bereits. Denn im Gegensatz zu den Sozialdemokraten begnügen sich die Linksextremen zum Erreichen dieses Ziels nicht mit einer hohen Besteuerung der großen Unternehmen und der Reichen, um die Steuereinnahmen zu Gunsten der Schwachen wieder auszuge-

ben (für Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe etc.). Vielmehr wollen sie, zumindest langfristig, den privaten Kapitalbesitz gleich komplett abschaffen, d.h. konkret alle Fabriken und Landflächen in Staatsbesitz überführen (deshalb gelten sie als “extrem”). Der Staat soll dann alle Gewinne bedarfsgerecht auf die Bevölkerung verteilen, um krasse Unterschiede zwischen Arm und Reich zu verhindern und Sorge dafür zu tragen, dass jeder genug zum Leben hat. Linksextreme treten damit für eine schrittweise Abschaffung des Kapitalismus zugunsten einer kommunistischen¹⁵ Gesellschaft ein.

RECHTSEXTREME SIND AUSLÄNDERFEINDLICHE NATIONALISTEN

Während den Linksextremen mit ihrem Ideal des Kommunismus ein moralisch anspruchsvolles, aber womöglich utopisches Ziel vorschwebt (Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität), ist rechtsextreme Politik per Definition unmoralisch. Denn Rechtsextreme wollen keine Gleichheit und Solidarität, sondern Abwertung und Ausgrenzung von Menschen. In erster Linie geht es dabei um Menschen, die eine andere Nationalität haben als sie selbst. Sie wollen einen Staat bilden, in dem weder Ausländer noch fremden Kulturen geduldet werden. Abweichende politische

Meinungen und fremde Religionen werden im Rechtsextremismus ebenso unterdrückt. Auch Homosexualität gilt in rechtsextremen Kreisen als verpönt. Statt Vielfalt und Offenheit wünschen sich Rechtsextreme also eine Gesellschaft in strikter Ordnung und Einheitlichkeit.

Was die Rechtsextremen außerdem von den übrigen Parteien unterscheidet, ist ihr besonders stark ausgeprägtes Bestreben, die Machtposition des eigenen Staates im Vergleich zu anderen Staaten zu steigern. Da-

bei scheuen sie grundsätzlich auch nicht vor militärischen Mitteln zurück. Wie gefährlich das werden kann, zeigen die beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts. Nach heutiger Einschätzung von Historikern liegt eine der Hauptursachen für diese unvorstellbar grau-

samen Kriege im übersteigerten nationalen Machtstreben verschiedener europäischer Staaten der damaligen Zeit. Bis heute gelten sie darum als warnende historische Zeugnisse dafür, wohin ein extremer Nationalismus führen kann.

LINKS- UND RECHTSEXTREME IM VERGLEICH

PARTEI

einige Positionen (Tendenzen)

Linksextreme

- soziale Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität wichtig
- wollen Kapitalismus durch ein kommunistisches System ersetzen

PARTEI

einige Positionen (Tendenzen)

Rechtsextreme

- nationale Stärke, kulturelle Einheitlichkeit wichtig
- keine Offenheit
- wollen fremde Kulturen unterdrücken und Ausländer ausweisen



WARUM NENNT MAN PARTEIEN "LINKS" ODER "RECHTS"?

Vielleicht wirst du dich bei der Lektüre der links- bzw. rechtsextremen Parteiziele gefragt haben, warum den extremen Parteien Richtungsangaben vorangestellt werden, die man eigentlich eher im Straßenverkehr als in der Politik vermutet: "links" und "rechts".

Tatsächlich benutzt man die Begriffe "links" und "rechts" aber auch in der Politik, und zwar nicht nur bei extremen Parteien. Wie im Straßenverkehr auch, dienen diese Richtungsangaben einer besseren Orientierung. So bezeichnet man Parteien, zu deren

Hauptzielen eine Verringerung der Unterschiede zwischen Arm und Reich gehört, als linke Parteien. Dazu zählen die Sozialdemokraten und die Grünen. Die Linksextremen sind dann einfach noch "viel weiter links" als die anderen, eben "extrem" weit links – d.h. konkret so weit, dass sie unser herrschendes Wirtschaftssystem nicht nur korrigieren, sondern gleich abschaffen und durch einen Kommunismus ersetzen wollen.

Umgekehrt bezeichnet man Parteien mit einer eher kapitalismusfreundlichen und einer eher auf die traditionelle, nationale Kultur bedachte Politik als rechts. Hierzu zählen die konservativen Parteien. Die Rechtsextremen liegen dann einfach noch viel weiter rechts, weil sie in einen sehr extremen Nationalismus ableiten.

Auf eine Parteilinie will die Links-Rechts-Einteilung jedoch nicht so recht passen. Das sind die liberalen Parteien. Zwar sind sie in wirtschaftlichen Fragen eindeutig rechts, weil sie den Kapitalismus, die Vermögenden und die Unternehmer stark unterstützen. Im Gegensatz zu den Konservativen und erst recht zu den rechtsextremen wünschen sich Liberale aber eine offene Gesellschaft, in der verschiedene Kulturen, Religionen und Lebensformen nebeneinander existieren dürfen. In diesem Punkt haben die Liberalen dann eigentlich mehr mit den linken Parteien gemeinsam.

WOHER KOMMEN DIE BEZEICHNUNGEN "LINKS" & "RECHTS"?

Die Richtungsangaben "links" und "rechts" leiten sich ganz einfach von der Tatsache ab, dass Konservative nach der Sitzordnung in den meisten Parlamenten Europas rechts sitzen, die Sozialdemokraten hingegen links.

Grüne sitzen meist halblinks (aber nicht immer) Liberale sitzen oft (aber nicht immer) in der Mitte. Ganz außen sitzen jeweils – sofern sie überhaupt im Parlament vertreten sind, die extremen Parteien.



SCHLUSSWORT

WEN SOLL ICH WÄHLEN?

Es mag sein, dass du nun einiges über Politik und Parteien gelernt hast. Es mag aber genauso gut sein, dass du jetzt noch immer nicht weißt, wen du wählen sollst. Das könnte zum einen daran liegen, dass du dir selbst noch nicht so recht darüber im Klaren bist, wie du dir denn unser gesellschaftliches Zusammenleben am liebsten wünschst. Dann brauchst du vielleicht einfach noch ein wenig Zeit und Überlegung, um deine Position zu finden. Es könnte aber auch sein, dass du sehr wohl klare Vorstellungen über eine ideale Gesellschaft hast, sie aber bei keiner Partei vollständig verwirklicht siehst. An jeder Partei hast du eben noch etwas auszusetzen, weil

keine zu hundert Prozent deinen Wünschen entspricht. In diesem Fall gibt es nur eine Lösung: Wähle das kleinste Übel!

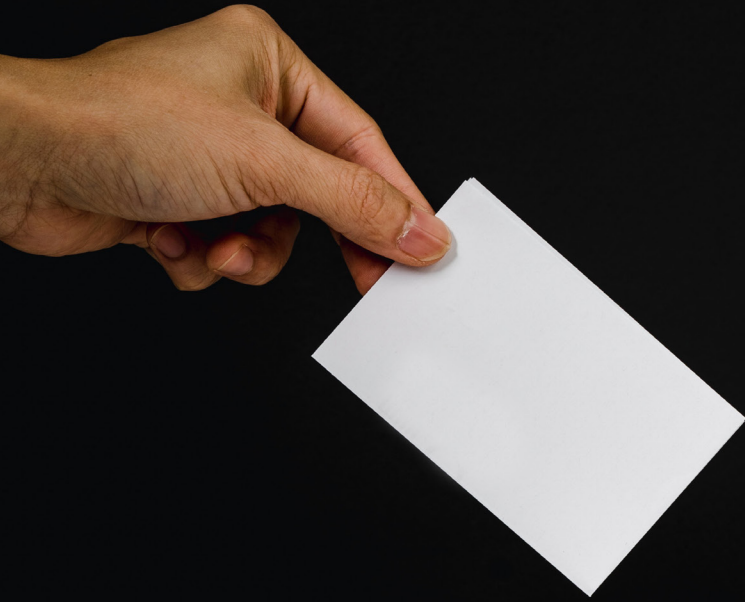
Es wird wohl nur sehr selten der Fall sein, dass man grundsätzlich alles, was eine Partei sagt, gut findet. Das ist ganz normal. Es wird aber fast immer möglich sein, zu sagen: "Diese Partei finde ich eigentlich ganz okay" und "diese Partei passt mir gar nicht in den Kram" oder "diese Partei finde ich immer noch besser als jene". Du könntest also einen Kompromiss schließen und diejenige Partei wählen, die deinen Ansprüchen am nächsten kommt.

WARUM NICHT EINFACH DER STIMME ENTHALTEN?

Natürlich könntest du auch beschließen, dich einfach der Stimme zu enthalten. Dann bräuchtest du keinen Kompromiss zu schließen und würdest niemanden unterstützen, der nicht zu hundert Prozent auf deiner Linie liegt. Damit wirst du jedoch womöglich indirekt diejenigen Parteien unterstützen, die dir letzten Endes am wenigsten passen. Denn jede nicht abgegebene Stimme stärkt im Verhältnis zu den normalen Parteien die extremen Parteien. Warum ist das so?

Nun, normalerweise vertreten wohl die meisten Menschen, die sich der Stimme enthalten, keine extremen Ansichten. Im Gegenteil. Und auch du wirst vielleicht nichts lieber verhindern wollen, als einen Wahlerfolg der

Rechtsextremen. Wenn du dich jedoch der Stimme enthältst, dann kriegt sie weder die rechtsextreme Partei, noch eine der gemäßigten Parteien. Das bedeutet aber, dass du die gemäßigten Parteien nicht gegenüber den Rechtsextremen stärkst. Deine Stimme fällt, wenn du dich enthältst, einfach nicht ins Gewicht. Sie kann es jedoch tun, sobald du eine der anderen Parteien wählst. Dann verschlechtert deine Stimme nämlich das Stimmenverhältnis der Rechtsextremen gegenüber den anderen Parteien: Die Rechtsextremen haben keine Stimme, eine der übrigen Parteien hat aber eine Stimme mehr. Du siehst also: Wählen kann sich lohnen, selbst dann, wenn keine Partei zu 100 Prozent deinen Vorstellungen entspricht.



ANHANG – KONTAKTDATEN

PARTEIEN IN OSTBELGIEN

CSP = Christlich Soziale Partei (konservativ)
Platz des Parlaments 1, 4700 Eupen

<http://www.csp-dg.be/>
Tel. 087 318447

PFF = Partei für Freiheit und Fortschritt (liberal)
Bergstraße 28, 4700 Eupen

<http://www.pff.be/>
Tel. 087 555988

SP = Sozialistische Partei (sozialdemokratisch)
Gospertstraße 23, 4700 Eupen

<http://www.sp-ostbelgien.be/>
Tel. 087 557743

ECOLO (grün)
Hufengasse 41, 4700 Eupen

<http://www.dg.ecolo.be/>
Tel. 087 561700

ProDG (Regionalpartei)
Platz des Parlaments 1, 4700 Eupen

<http://www.prodg.be/>
Tel. 318455

VIVANT Ostbelgien (Regionalpartei)
Platz des Parlaments 1, 4700 Eupen

<http://www.vivant-ostbelgien.org/>
Tel. 087 318473

BEKANNTE NGOS (NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN)

Amnesty International (Bereich: Menschenrechte)
<http://amnesty.be/> (F/NL) oder <http://amnesty.de/> (D)
Amnesty-Gruppe Eupen/Aachen: <http://amnesty-eupen.de>

Attac (Bereich: Globalisierung, Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit)
<http://attac.be> (F/NL) oder <http://attac.de> (D)
Attac-Gruppe Ostbelgien: <http://attac-dg.be>

European Digital Rights (Bereich: Datenschutz/Internet)
<http://edri.org> (ENG)

Fian (Bereich: Recht auf Nahrung)
<http://fian.be> (F) oder fian.de (D)

Fridays for Future (Bereich: Klimaschutz)
<http://fridaysforfuture.de> (D)

Greenpeace (Bereich: Umweltschutz)
<http://greenpeace.org/belgium/fr/> (F) oder greenpeace.de (D)

Oxfam (Bereich: Entwicklungshilfe)
<http://oxfam.be> (F/NL) oder oxfam.de (D)

Transparency International (Bereich: Bekämpfung von Korruption)
<http://transparency.de> (D)

GLOSSAR & QUELLEN

1 Das Wort “repräsentieren” bedeutet in etwa “vertreten”: Die Politiker repräsentieren/vertreten uns demnach.

2 Wenn du genauere Informationen darüber suchst, welche Teilgebiete mit welchen Parlamenten es in Belgien gibt, solltest du dir die Broschüre “Belgien verstehen” besorgen. Die gibt es gratis im Ministerium der DG, Gospertstraße 1, 4700 Eupen.

3 Die wichtigsten Ämter haben je nach politischer Ebene verschiedene Bezeichnungen. In den Gemeinden (z.B. Gemeinde Raeren) nennt man die ranghöchsten Amtsträger Bürgermeister, gefolgt von den Schöffen. In den Gemeinschaften, Regionen und auf der föderalen Ebene (gesamtbelgische Regierung) heißen die höchsten Amtsträger Ministerpräsidenten, gefolgt von den Ministern.

4 Quelle: Forbes-Magazin, September 2021

5 Quelle: Science Magazin Nr. 359 vom 3. März 2018

6 Eine repräsentative Demokratie ist eine Demokratie, in der die Bürger nicht selbst herrschen, sondern ihre Macht durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen für eine gewisse Zeitspanne (Legislaturperiode) an Stellvertreter (nämlich an die mehrheitlich gewählten Politiker) übertragen

7 Ein kapitalistisches System ist ein System, in dem die Produktionsmittel (d.h. Fabriken, Felder, Böden, Minen, ...) Privatpersonen gehören und nicht etwa dem Staat. Die Besitzer dieser Produktionsmittel (z.B. die Fabrikbesitzer) verfolgen dabei das Ziel, immer reicher zu werden (Gewinnstreben). Marktwirtschaftlich nennen wir ein System dann, wenn sämtliche Produkte ihren Weg zum Kunden durch freien Tausch und freie Aushandlung der Preise finden (nicht etwa durch eine Zuteilung des Produktes oder eine Preisfestlegung durch den Staat). Das

gleiche gilt auch für Arbeitskräfte und Löhne: In einer Marktwirtschaft herrscht freie Berufswahl und die Höhe der Löhne wird nicht vom Staat, sondern durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeber (z.B. Fabrikbesitzer) und Arbeitnehmer (z.B. Fließbandarbeiter) festgelegt.

8 Damit diejenigen Menschen, die in unserem Wirtschaftssystem erfolglos bleiben, nicht verarmen und verhungern, zahlt der Staat Hilfgeld. Wer z.B. nicht mehr arbeiten kann, weil er krank oder alt ist, erhält vom Staat ein Krankengeld oder eine Rente. – Und woher hat der Staat das Geld? Er erhält es durch so genannte “Sozialabgaben”, die Arbeitgeber (z.B. Unternehmer) und Arbeitnehmer (z.B. Arbeiter) an den Staat zahlen müssen.

9 Unter “Sozialabgaben” versteht man Geld, das die Arbeitgeber (z.B. Unternehmer) und Arbeitnehmer (z.B. Arbeiter) an den Staat zahlen müssen, damit der Staat seine Sozialausgaben (Rentengeld, Krankengeld, Arbeitslosengeld etc.) finanzieren kann. Siehe auch die vorige Fußnote.

10 Rechtspopulisten befinden sich mit ihren Zielen und Ansichten irgendwo zwischen konservativ und rechtsextrem. Auch in Belgien, vor allem in Flandern, haben solche Parteien in der jüngeren Vergangenheit größere Erfolge feiern können. Zu ihnen zählen die NVA (eher etwas näher am Konservatismus) sowie der “Vlaams Belang” (deutlich näher am Rechtsextremismus).

Beide Parteien sind außerdem separatistisch. Separatismus heißt Abspaltung. NVA und “Vlaams Belang” streben langfristig die Abspaltung Flanderns von Belgien zwecks Gründung eines eigenen Staates an.

11 Achtung: Die wallonische Partei „Les Engagés“ gilt im Vergleich zu ihren „Schwesterparteien“ CSP und CD&V als weniger konservativ. Das erkennt man auch an ihrer abweichenden Parteifarbe (türkis statt orange) und daran, dass sie kein „C“ wie christlich mehr im Parteinamen trägt (ursprünglich hieß diese Partei eigentlich PSC). Die Partei „Les Engagés“ tendiert teils zu sozialdemokratischen Positionen (siehe ab Seite 32).

12 Mit Sozialmaßnahmen ist dasjenige gemeint, was oben in der Fußnote 8 beschrieben wurde...

13 Quelle: <http://prodg.be/wp-content/uploads/2013/03/Grundsatzprogramm.pdf>

14 Hier: Zuständigkeiten/Handlungsbefugnisse (Die Politiker in der DG sind nicht für alle, sondern nur für eng definierte Entscheidungsbereiche zuständig/verantwortlich).

15 Unter einer kommunistischen Gesellschaft versteht man eine klassenlose Gesellschaft, d.h. eine gleichberechtigte Gesellschaft ohne unterschiedliche soziale Schichten (etwa ohne eine gesellschaftliche Spaltung zwischen reichen Unternehmern und armen Arbeitern).



STRATEGIE
PLAN
JUGEND

Ostbelgien

Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgiens

Verantwortlicher Herausgeber

Lara Liebertz

Jugendinfo Ostbelgien
Gospertstraße 24,
B - 4700 Eupen

087 / 744 119
eupen@jugendinfo.be

Vennbahnstraße 4/5,
B - 4780 St.Vith

080 / 221 567
stvith@jugendinfo.be